Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M. **Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.**

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 30 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 132. | Dresden, Donnerstag den 12. Juni 1919. | 30. Jahrg.

Noskes Enthüllungen in Weimar.

Die umworbenen „Noskegardisten."

Die Eröffnungsreden in Weimar sind verrauscht. Der Parteitag beschäftigt sich mit der inneren Situation. Die Sozialdemokratie steht, wie schon der Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes beweist, vor einer Lage, in der es für uns gilt, alle Kraft und allen guten Willen zum Verständnis neuer Probleme aufzubringen. Im Mittelpunkt der gestrigen Aussprache standen wohl die Darlegungen Noskes, der sich zahlreicher, in Anträgen niedergelegter Angriffe auf die Freiwilligen-Truppen zu erwehren hatte.

Uns allen kann eine Entwicklung nicht gefallen, die ihre Gefahren mit all den Uebergriffen gezeigt hat, wie sie sich Mitglieder der Freiwilligen-Truppen bald in dieser, bald in jener Stadt haben zuschulden kommen lassen. Aber wer die Situation unbeeinflußt von den Gefühlen des Unwillens betrachtet, muß zugeben, daß die Freiwilligen-Formationen ein notwendiges Uebel sind. Die Soldatenräte der Novemberrevolution haben ihre Aufgabe gewiß so gut erfüllt, als sie konnten. Sie haben die öffentliche Ordnung und Sicherheit mit herstellen und die Demobilmachung mit durchführen helfen. Aber sie konnten nicht imstande sein, Truppenkörper bilden zu helfen, die sich gegen Putschversuche als durchaus zuverlässig erwiesen. Soweit dagegen Truppen gebildet wurden, deren freiwilliger Eintritt auf der Grundlage der Unterordnung unter Offiziere und der Notwendigkeiten der Disziplin erfolgt, bekamen die Regierungen eine Waffenmacht in die Hand, wie sie auch eine sozialdemokratische Regierung braucht, wenn sie nicht zum Spott regelloser, bewaffneter Haufen werden soll.

Der Beitritt zu Freiwilligen-Verbänden kann leider nicht vom sozialdemokratischen Mitgliedsbuch abhängig gemacht werden. Es finden sich, wie die Erfahrung zeigt, wenig Parteigenossen, die das Waffenhandwerk ihrem bürgerlichen Beruf vorziehen. Darum werden immer wieder Elemente in die Truppenkörper gelangen, die nicht immer das Maß von Verantwortlichkeitsgefühl haben, das wünschenswert ist. Wir müssen von der Regierung fordern, daß alle Ausschreitungen scharf gerochen werden, aber wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß trotz alledem immer wieder Uebergriffe vorkommen werden, wie sie sich die roten Garden der Spartakisten, wie sie sich die Soldaten der ehedem unabhängigen Herrschaft in Leipzig ja auch haben reichlich zuschulden kommen lassen. Vor allem muß die Reizbarkeit der Truppen zunehmen, wenn sie in der revolutionshysterischen Presse täglich verfemt und boykottiert werden. Kämen aber die Unabhängigen ans Ruder, so würden sie sich trotz diesen Verfemungen bemühen, die Freiwilligen-Truppen in die Hände zu bekommen und zu ihren Zwecken zu verwenden.

In dieser Richtung hat Noske auf dem Parteitag Enthüllungen gemacht, die für naive Leute sehr lehrreich sind. Noske wies darauf hin, daß Führer der Unabhängigen mit Führern der Gardeschützendivision, der Männer aus dem Edenhotel, verhandelt haben, um sie für sich zu gewinnen. Ein Vorgehen, das dem zwieschlächtigen Charakter der Unabhängigen durchaus entspricht. Ihre Preßhelden beschuldigen die sozialdemokratischen Regierungen täglich aller Gemeinheiten, weil sie sich bei der Sicherung der öffentlichen Ordnung der Freiwilligen-Verbände bedienen — mit demselben Eifer bemühen sich diese Oberschimpfer im Verborgenen um die Gunst der von ihnen beschimpften Truppen!

Noske hat mit diesem echt unabhängigen Zwischenspiel gleichzeitig einen neuen Beleg für die Schwierigkeiten von Einigungsverhandlungen geliefert. Wir haben mehrfach betont, daß wir eine sozialdemokratische Einheitsfront für die einzige Rettung aus mancherlei Uebeln halten, in denen die deutsche Arbeiterschaft jetzt steckt. Auch die Frage des „neuen Militarismus" ist mit der Einheit des sozialdemokratischen Proletariats leicht aus der Welt zu schaffen. Aber für schwierig halten wir eine Einigung mit Führern, die gelegentlich mit allerhand schönen Erklärungen dem Putschismus und der Gewalt abschwören und immer wieder auf Wegen ertappt werden, die zu Putschen und Gewaltaktionen führen müssen. Darum erscheint uns von den vorliegenden Einigungsanträgen nur der Antrag Adolf Braun annehmbar; er fordert eine Einigung auf dem Boden der Demokratie und des Erfurter Programms. Nur auf dieser Basis ist ein Zusammenarbeiten des sozialistischen Proletariats möglich.

Der hartnäckige Clemenceau.

Der Pariser Newyorker Herald berichtet: In amerikanischen Kreisen habe es geheißen, der Viererrat sei in seinen gestrigen Besprechungen zu einer allgemeinen Verständigung gelangt. Der von Deutschland zu zahlende Betrag werde nicht endgültig festgesetzt. Clemenceau beharrte energisch auf seinem Standpunkte und wollte von Änderungen des Friedensvertrags nichts wissen. Wilson befleißigte sich neutraler Haltung und überlasse es Clemenceau und Lloyd George, zu einer Einigung zu gelangen. Lloyd George sei ebenso hartnäckig wie Clemenceau.

Die Agence Havas veröffentlichte am 11. Juni folgenden offiziellen Bericht: Die Regierungschefs [illegible] gestern die Prüfung der Schlußforderungen, welche die Sonderausschüsse zu den verschiedenen Artikeln des deutschen Gegenentwurfs eingereicht haben. Am Vormittag wurde der Bericht der Schadenersatzkommission erörtert. Man scheint sich einer Lösung zu nähern, die den Vorschlägen der Sachverständigen Klotz und Loucheur entspricht, die sich gegen die Festsetzung einer bestimmten Entschädigungssumme ausgesprochen haben, während die Amerikaner verlangen, daß in dem Vertrage die Zahl von 100 Milliarden Goldmark nebst Zinsen festgelegt werde. Am Nachmittag befaßten sich die Regierungschefs mit den ungarischen Grenzfragen. Heute vormittag 10 Uhr treten im Ministerium des Aeußern die Außenminister der Großmächte zusammen. Kramarez und Bratianu werden in der Frage der ungarisch-tschechoslowakischen und der ungarisch-rumänischen Grenze gehört werden. Im Anschluß hieran wird ein Bericht abgefaßt werden, den der Viererrat in seiner um 4 Uhr nachmittags stattfindenden Sitzung zur Kenntnis nehmen wird. Die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wurde gestern noch nicht erörtert, dagegen wird sie zweifellos heute zur Sprache kommen. Clemenceau wird mit Entschiedenheit den französischen Standpunkt vertreten, wonach die endgültige Aufnahme Deutschlands durchaus unerwünscht wäre, durch die wieder Angreifer und Opfer auf die gleiche Höhe gesetzt würden. Clemenceau wird betonen, daß mindestens eine bestimmte Frist abgewartet werden müsse, um die Aufrichtigkeit Deutschlands festzustellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird schließlich diese Ansicht durchdringen. Hinsichtlich der polnisch-deutschen Grenzfrage scheint eine Lösung bevorzustehen, wonach eine Art gemischter Volksabstimmung durchgeführt werden soll. Man hofft, die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge am 13. Juni überreichen zu können. Präsident Wilson begibt sich an diesem Tage nach Belgien. Die Antwort der Alliierten an Deutschland wird voraussichtlich endgültiger Natur sein. Der deutschen Delegation würde keine Gelegenheit mehr zur Diskussion gegeben werden. Sie wird eine Frist von höchstens acht Tagen erhalten, um nach Berlin zu fahren, sich mit der Regierung zu besprechen und sodann die Antwort bekanntzugeben.

Wilson und der Friedensvertrag.

Haag, 12. Juni. Wilson hielt sich, wie Haydes telegraphiert, außerhalb der Verhandlungen zwischen Lloyd George und Clemenceau. Der Präsident hat erklärt, er werde alle Veränderungen billigen, auf die sich Frankreich und England einigen. Lloyd George hat immer noch nicht die Forderung, eine bestimmte Summe als deutsche Kriegsentschädigung festzustellen, aufgegeben, und geht über den angeblich deutschen Vorschlag von 100 Milliarden Gold um etwa 20 Milliarden hinaus. Clemenceau hielt die wirtschaftliche Abdrosselung Deutschlands weiter für notwendig. In diesem und in keinem andern Punkte ist keine Einigung erzielt. Die Amerikaner bezeichnen die Krise fortdauernd als sehr ernst, um so mehr, als die Möglichkeit, daß Deutschland nicht unterzeichnet, jetzt in Rechnung gezogen wird, was früher nicht geschah.

Gegen Lloyd George.

Versailles, 11. Juni. Echo de Paris schreibt heute: Hauptsächlich Lloyd George trägt die Verantwortung dafür, die schwierige Debatte der Alliierten, die man seit Ueberreichung des Friedensvertrags an Deutschland für abgeschlossen hielt, wiedereröffnet zu haben. Die vorgeschlagene Volksabstimmung in Oberschlesien und der Vorschlag schneller Zulassung Deutschlands zum Völkerbund sind sein Werk. Wir haben schon gesagt, wie unheilvoll solche Maßnahmen für den europäischen Frieden sind. Heute wollen wir zeigen, wie schädlich Lloyd Georges geringe Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung Frankreichs für die Entente cordiale ist. Frankreich verlor zweimal soviel Menschen wie England, weil es sich opfern mußte, um England zu gestatten, seine Vorbereitungen durchzuführen, die es allen Warnungen zum Trotz nicht rechtzeitig begonnen hatte. Man könnte viel über den Antrag Lloyd Georges und seine Irrtümer erzählen. Vom 27. Juli bis 2. August 1914 setzte Lloyd George Himmel und Erde in Bewegung, um Asquith daran zu hindern, Frankreich jenes Versprechen auf Hilfe zu geben, das vielleicht die Katastrophe hätte beschwören können. Wenn ein Minister solche Fehler in seiner Vergangenheit zu verzeichnen hat, so ist das mindeste, was Freunde von ihm erwarten dürfen, daß er den Lehren der Realität etwas mehr Aufmerksamkeit schenkt und sich etwas demütiger zeigt.

Ein Vertrauensvotum für Clemenceau.

Versailles, 11. Juni. In der Kammer wurde die Interpellation über Haussuchungen im Nationalamte der Presse und beim Direktor des Matin, Schöller, erörtert. Der Unterstaatssekretär der Militärgerichtsbarkeit, Ignace, erklärte, daß die Gerichtsbehörden in verschiedenen Fällen, für Beihilfe zur Drückebergerei, sogar zur Beeinflussung von Beamten, für gewisse Personen Strafaufschub zu bewirken, auf die Spur gekommen seien. Er ersuchte die Kammer, sich mit diesen Erklärungen zufrieden zu geben. Es sei unmöglich, weitere Einzelheiten über das schwebende Verfahren bekanntzugeben. Renaudel und Brousse widersprachen. Ignace versuche sich lediglich aus einer ihm unangenehmen Lage nur dadurch zu ziehen, daß er sich hinter das Amtsgeheimnis verschanze. Die Stimmung der Kammer schien so kritisch erregt, daß Clemenceau es für nötig hielt, persönlich in die Verhandlung einzugreifen und die Vertrauensfrage zu stellen. Er erklärte, er halte sich und sein ganzes Kabinett für solidarisch mit Ignace. Spreche man diesem das Mißtrauen aus, so werde das ganze Kabinett zurücktreten. Unter großer Erregung wurde dann zur Abstimmung geschritten, die 275 Stimmen für die Regierung, 137 gegen sie ergab. Ungefähr 130 Deputierte enthielten sich der Abstimmung.

Die Kolonialfrage.

Berlin, 11. Juni. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Ausländische Blätter beschäftigen sich neuerdings wieder lebhaft mit der von der Entente geplanten Regelung der Kolonialfrage. U. a. wird behauptet, die Entente beabsichtige zwar, Deutschland den gesamten Kolonialbesitz zu nehmen, seinen Wert aber bei der Festlegung der Entschädigungssumme zu vernachlässigen. Demgegenüber kann nur immer wieder der feste Entschluß der deutschen Regierung betont werden, auf dem bereits des öfteren dargelegten Standpunkte, der dem Punkt 5 der Wilsonschen Januarkundgebung entspricht, zu beharren. Danach kann Deutschland auf seine Kolonien weder verzichten, noch sie verschachern. Inbezug auf die Kolonien verlangt es nichts weiter als sein gutes Recht. Kolonien sind für das deutsche Volk eine Existenzbedingung, da es ohne Kolonien nicht möglich ist, dem überschüssigen Bevölkerungsteile Arbeit und Ansiedlungsgelegenheit zu bieten und andererseits die Kräfte dieses Bevölkerungsüberschusses der deutschen Wirtschaft nutzbar zu machen. Die Regierung kann auch dem deutschen Volke nicht zumuten, einen Friedensvertrag anzuerkennen, der es als nicht würdig und nicht fähig behandelt, weiterhin an der Kulturarbeit der weißen Rasse in Afrika und der Südsee teilzunehmen.

Der sozialdemokratische Parteitag

2. Verhandlungstag.

Löbe-Breslau eröffnet die Sitzung und verliest ein Begrüßungstelegramm des Parteivorstands Deutschösterreichs, in dem den Verhandlungen des Parteitags bester Erfolg gewünscht wird. (Beifall.)

Dem Parteitag sind folgende Entschließungen zugegangen:

1. Entschließung über die Freiwilligenkorps.

„Der Parteitag würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer. Der Parteitag kann sich aber nicht verhehlen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an der Unzufriedenheit mit den Freiwilligenkorps nicht unschuldig sind, weil zu wenige Arbeiter in diese Korps eintreten und damit die einseitige Zusammensetzung dieser Truppen verschuldeten. Durch die Reform der Polizei und der Gendarmerie sind die Freiwilligenkorps von allen laufenden polizeilichen Aufgaben fernzuhalten. Sollen Regierung und Verfassung nicht jedem willkürlichen Einfluß unterliegen, ist nicht völlig auf militärische Macht zu verzichten. Die unterschiedslose Herabsetzung und die Boykottierung der Freiwilligentruppen wie der Sicherheits- und Einwohnerwehren durch manche Arbeiter empfindet der Parteitag als eine Ungerechtigkeit. Der Parteitag fordert die völlige Neutralität der Freiwilligentruppen in allen politischen Fragen, um sie vor jedem Verdachte gegenrevolutionärer und anderer Ausschreitungen zu sichern. Alle Ausschreitungen der Mitglieder der Freiwilligentruppen werden vom Parteitag entschieden verurteilt. Deshalb erwartet der Parteitag eindeutige und feste Maßnahmen gegen jeden Mißbrauch der militärischen Gewalt, er erhofft dies vor allem durch die weitgehende Demokratisierung des Offizierskorps und durch den Eintritt unserer Parteigenossen in die Reichswehr."

Unterzeichnet von König-Dortmund und Genossen.

2. Einigungsentschließung.

„Der Parteitag teilt den in vielen Anträgen zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach der Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats Deutschlands. Die Fortdauer der Parteispaltung, die den kraftvollen Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten droht, erkennen wir als die größte Gefahr für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wie für die Abwehr gegenrevolutionärer Machenschaften. Bei allen Versuchen, das Proletariat wieder zur Einheit zusammenzuschweißen, wandten sich die Vertreter der U. S. P. und K. P. D. gegen die Grundsätze der Demokratie. Der Parteitag lehnt das Streben nach einer nur mit den Mitteln des Terrorismus — und auch da nur für kurze Zeit — aufrecht zu erhaltenden Diktatur einer Minderheit ab. Der Parteitag erklärt seine Bereitschaft, in Verhandlungen zur Einigung mit der U. S. P. auf der Grundlage des Erfurter Programms zu treten, sobald die U. S. P. den Grundsatz der Demokratie rückhaltlos anerkennt und jede Gemeinschaft mit der mit den Mitteln des Putschismus und unter Verwerfung aller demokratischen Grundsätze wirkenden K. P. D. aufgegeben haben wird. Die Verhandlungen über die Einigung können nur zentral geführt werden."

Unterzeichnet Adolf Braun und Genossen.

Bartels (Parteivorstand)

erstattet den Kassenbericht. Der Mitgliederstand hatte zur Zeit des Würzburger Parteitags seinen tiefsten Stand erreicht. Er war auf unter 500 000 zurückgegangen. Wir hatten 75 Prozent unserer Mitglieder allein durch die Einziehung zum Heeresdienst verloren. Auch die Spaltung wirkte lähmend. So war unsere Mitgliederzahl auf ein Fünftel des Standes des letzten Friedensjahres gesunken. Mit der Revolution war ein so gewaltiger Zustrom zur Partei verbunden, daß unsere Verwaltungseinrichtungen kaum ausreichten, um den Zuwachs zu bewältigen. Genaue Angaben fehlen, abgesehen von Elsaß-Lothringen, das leider dauernd von uns abgeschnitten bleiben wird, aus 33 Wahlkreisen. In den übrigen Wahlkreisen hatten wir am 31. März 1919 einen

Mitgliederstand von 1 128 099

gegen 249 411 im Vorjahre. Das bedeutet einen Zuwachs von 350 Prozent, natürlich ein völlig anormaler Zuwachs. Wenn wir die Mitgliederzahl in den fehlenden 33 Wahlkreisen hinzurechnen, so haben wir den Mitgliederstand vom 31. März 1914 mit 1 259 005 ungefähr

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190612/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG